



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
Kontrolle des Telefonverkehrs mit der Bundesrepublik (14. November 1952)

Zur Politik der Abschottung der eigenen Bevölkerung von Kontakten in den Westen gehört in der DDR auch die strikte Überwachung des Telefon- und Postverkehrs. Ende 1952 wird der stellvertretende Chef des Ministeriums für Staatssicherheit, Erich Mielke, von der Hauptverwaltung der Deutschen Grenzpolizei aufgefordert, die Möglichkeit privater Telefongespräche aus der DDR in die Bundesrepublik zu unterbinden.

Anbei übersende ich Ihnen zwei Berichte, aus denen zu ersehen ist, daß es Privatpersonen sehr leicht möglich ist, Ferngespräche nach Westdeutschland zu führen, ohne daß diese irgendeiner Kontrolle unterworfen werden.

Vor ca. 2 Monaten wandte ich mich bereits an den Gen. P. mit der Bitte, über die zuständige Abteilung beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen Erkundigungen einzuziehen, welche Telefonleitungen heute noch nach Westdeutschland führen.

Wie mir Genosse P. vor einiger Zeit mitteilte, wird diese Angelegenheit von der betreffenden Abteilung nicht mit dem genügenden Ernst beobachtet.

Ich bitte Sie daher, Maßnahmen zu veranlassen, damit dieser unkontrollierbare Zustand, Gespräche mit Westdeutschland zu führen, beseitigt wird.

Quelle: BArch-MZAP, Pt 7219, Bl. 299; abgedruckt in Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt, Peter Skyba, Hg., *Die DDR vor dem Mauerbau: Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates, 1949-1961*. München: Piper, 1993, S. 124.